

## Flüchtlingsstrom reißt nicht ab



„Wir werden Sammellager für 100 Personen und mehr errichten müssen“, prophezeite Landrat Josef Niedermaier (stehend) angesichts des Flüchtlingsstroms. Niedermaier war am Donnerstag Gast in der Monatsversammlung der Bürgervereinigung Wolfratshausen. © Hans Lippert

*Wolfratshausen – Stadtrat Daffner plädiert für Barackenlager – Vize-Bürgermeister Schnaller: „Müssen hunderte Wohnungen bauen“*

Durch Aufklären und Reden mit den Bürgern will Landrat Josef Niedermaier verhindern, dass die derzeit überwiegend positive Stimmung gegenüber Asylbewerbern umschlägt. Am Donnerstagabend diskutierte Niedermaier auf Einladung der Bürgervereinigung Wolfratshausen (BVW) mit Mitgliedern und Besuchern im Wolfratshausener Wirtshaus Flößerei. „Warum spricht ihr das Thema denn schon wieder an?“, E-Mails dieser Art habe er im Vorfeld der Veranstaltung mehrere bekommen, berichtete der BVW-Vorsitzende Thomas Eichberger. Seine Antwort lautet: „Wir wollen den Leuten die Angst nehmen, die weiter zunimmt.“ Doch nicht nur Reden, auch Handeln ist für die BVW wichtig. Deshalb unterstützt sie die Trommelkurse des Musikers Ralph Kiefer für Flüchtlinge und Einheimische auf der Bergwaldbühne. Für die nächsten Kurse werden weitere Sponsoren und ein Raum gesucht. Verzweifelt auf Raumsuche ist im Moment auch Landrat Niedermaier. Bis Ende dieses Jahres brauche der Landkreis noch 1000 Unterkünfte. 2016 noch einmal 2000 bis 3000, sagte er. Niedermaier verdeutlichte das Ausmaß dieser Herausforderung: In den vergangenen dreieinhalb Jahren habe man 900, überwiegend dezentrale Unterkünfte geschaffen. Das sei nicht schlecht gewesen, doch mit der Belegung von Wohnungen und Häusern und vor allem im jetzigen Tempo werde man nicht weiterkommen. „Wir werden Sammellager für 100 Personen und mehr errichten müssen“, prophezeite der Leiter der Kreisbehörde. Er kündigte zudem an, dass dem Landkreis in den kommenden sechs Wochen bis zu 100 unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge zugeteilt würden. BVW-Stadtrat Walter Daffner schlug vor, für die Asylbewerber Barackenlager zu bauen wie nach dem Zweiten Weltkrieg, eventuell gleich für zwei Landkreise. Tendenzen in diese Richtung gebe es, sagte Niedermaier. Solche Massenunterkünfte müssten jedoch Bund und Land bauen. Wolfratshausens Vize-Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD) blickte in die Zukunft: Wenn die Loisachstadt laut Asylbewerber-Quote des Landkreises bald 750 Flüchtlinge beherbergen müsse und wenn ein Großteil von ihnen anerkannt werde, funktioniere eine dezentrale Unterbringung nicht mehr. „Wir werden einige hundert

Wohnungen bauen oder bauen lassen müssen. Da heißt es jetzt agieren, nicht reagieren“, forderte Schnaller. Andrea und Stefan Sandmaier, die als Gäste zu der Veranstaltung gekommen waren, berichteten über ihre Erfahrungen mit der Vermietung von zwei Zimmern an zwei junge, anerkannte Asylbewerber. „Die beiden kochen oft arabisch für uns alle. Wir verstehen uns gut und empfinden die Mitbewohner als Bereicherung“, sagte Stefan Sandmaier. Er appellierte an alle, die freie Wohnungen oder Zimmer haben, sie an anerkannte Flüchtlinge zu vermieten. Die Vermittlung sei in dem von ihm geschilderten Fall über die Berliner Organisation „Flüchtlinge willkommen“ gelaufen. Die Miete für arbeitslose Anerkannte werde zuverlässig vom Jobcenter bezahlt. BVW-Stadträtin Dr. Ulrike Krischke sagte, Wolfratshausen brauche noch mehr Diskussionsabende wie diesen, auch um Erfahrungen auszutauschen. Bürgermeister Klaus Heilinglechner wies auf einen Informationsabend der Stadt am 20. Oktober in der Loisachhalle hin. Bis dahin wisse er eventuell mehr über Immobilien, die für eine Unterbringung von Flüchtlingen in Frage kommen. Der Rathauschef vertrat die Meinung, Deutschland könne es sich wirklich leisten, Asylbewerber aufzunehmen – doch auch die Wirtschaft müsse ihren Beitrag dazu leisten. Niedermaier pflichtete Heilinglechner bei: „Wir als Exportnation haben unseren Wohlstand auf dem Rücken anderer Länder erarbeitet.“ Hans-Jürgen Göbel, Kreisvorsitzender der Europa Union, sieht vor allem Russland und die USA verantwortlich für die Lösung des Flüchtlingsproblems. Putin und Obama müssten sich einigen, um die Krisenherde im Nahen Osten gemeinsam in den Griff zu bekommen. Göbel äußerte die Sorge, dass die Gesellschaft in Deutschland sonst überlastet werde und die Stimmung kippe.

*Carl-Christian Eick*